

9 Engagement für globale Fragen auf Bundes- und Europaebene einbringen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich auf Bundesebene (z.B. über den Bundesrat) und auf europäischer Ebene für die von Deutschland gemachten Zusagen bzgl. der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Sustainable Development Goals einsetzen?
- 2 Engagieren Sie sich dahingehend, z.B. für eine Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“, einen Erlass von Schulden und für das Ziel, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zu budgetieren?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** verfolgt das Ziel, einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Sie fordert ein Staateninsolvenzverfahren sowie eine Finanztransaktionssteuer und will sich dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht verteilt werden. Außerdem soll die Entwicklungszusammenarbeit die ihr zustehende Berücksichtigung finden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen das 0,7 %-Ziel erreichen. Sie setzen sich für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.

Die **CDU** sieht die bloße Erhöhung der Mittel für die Entwicklungspolitik als nicht ausreichend. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit soll noch stärker auf Afrika ausgerichtet werden. Die CDU möchte auf europäischer Ebene eine Finanztransaktionssteuer einführen, wobei Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden sollen. Die Mittel sollen nicht exklusiv für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden.

Die **FDP** steht zum 0,7%-Ziel, setzt aber auf „Qualität statt Quantität“ der eingesetzten Entwicklungszusammenarbeit-Mittel. Für die Umsetzung der Agenda 2030 möchte die FDP neue Partnerschaften und Kooperationen mit der Privatwirtschaft. Eine Finanztransaktionssteuer betrachtet die FDP nicht im Zusammenhang mit einer guten Entwicklungspolitik.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Auch die entwicklungspolitischen Leitlinien der SPD sind durch die Millenniums-Entwicklungsziele wesentlich vorgezeichnet. Das Hauptziel ist die Halbierung der weltweiten Armut. Andere Ziele wie die Gleichstellung der Geschlechter, eine Schulausbildung für alle Kinder, der Klimaschutz oder der Kampf gegen HIV/AIDS stellen weitere Grundpfeiler unserer Entwicklungspolitik dar. Die SPD in Niedersachsen bekennt sich klar zu diesen Zielen und wird auch weiterhin Gesetzesinitiativen einbringen bzw. fördern, die zur Erfüllung dieser Ziele beitragen können.

Die Einhaltung des SGD 17, einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, ist daher für die SPD in Niedersachsen eine Verpflichtung, die dringend eingehalten werden muss. An dieser eindeutigen Aussage müssen sich alle anderen Parteien messen lassen. Die SPD wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, auf diese Ziele hinzuwirken.

Unter sozialdemokratischer Führung hat die Entschuldung der ärmsten Länder bereits begonnen. Die Fraktion strebt weiter nachhaltige Entschuldung unter Berücksichtigung der Schuldentragfähigkeit an. So hat sich die SPD-Bundestagsfraktion u. a. für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe und für ein internationales Insolvenzrecht für Staaten eingesetzt. Dies unterstützen wir. Als einen letzten Ausweg in Krisensituationen müssen Entwicklungsländer auch die Möglichkeit erhalten, in Übereinstimmung mit Ihren Schuldnern Kredite zu stunden. Ausgaben für Bildung und Gesundheit dürfen nicht zugunsten des Schuldendienstes gekürzt werden. Das hätte fatale Folgen für das Entwicklungspotenzial eines Landes und ganz konkret für die Menschen – vor allem die Ärmsten der Armen würden darunter leiden.

Bereits seit einigen Jahren fordert die SPD eine Finanztransaktionssteuer. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, um die Verursacher der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise an den Auswirkungen ihres Tuns finanziell zu beteiligen. Wie hoch diese Steuer sein wird und wofür die Mittel verwendet werden, muss auf europäischer Ebene entschieden werden. Gleichwohl will sich die SPD im Niedersächsischen Landtag sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht verteilt werden und der Entwicklungszusammenarbeit die ihr zustehende Berücksichtigung findet.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Die Klimakrise, knapper werdende natürliche Ressourcen, Flucht und Migration sind globale Herausforderungen. Wie in den letzten Jahren werden wir die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) auch durch Bundesratsinitiativen an den Bund oder über den Bund gegenüber der EU oder durch Fachministerkonferenzen unterstützen. Konkrete Vorhaben sind die weitere Umschichtung der Agrarsubventionen für ökologische Landwirtschaft, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der öffentlichen Beschaffung und ein Neustart von europäischen Handelsterträgen, die im Einklang zu den SDGs stehen.

Antwort 2: Wir stehen dazu, dass das 0,7 %-Ziel endlich eingehalten werden soll und haben in Niedersachsen die Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit um ein vielfaches erhöht. Nach wie vor liegt der größte Anteil des Landes im Bereich der Unterstützung von Studierenden aus so genannten Entwicklungsländern. Vereinbarungen mit Partnerländern gründen wir auf beidseitige Verpflichtungen – etwa bei der Steuerkooperation und klugen Kapitalverkehrskontrollen. Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.

CDU

Antwort 1: Die CDU ist der Überzeugung, dass die bloße Erhöhung der Mittel für die Entwicklungspolitik nicht ausreicht. Stattdessen soll die europäische Entwicklungszusammenarbeit noch stärker auf den afrikanischen Kontinent ausgerichtet werden. Aus eigener Kraft wird Afrika die Wende nicht schaffen. Deshalb hat Deutschland die Initiative zu einem „Compact“ mit Afrika im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft ergriffen. Gleichzeitig werben wir bei unseren Freunden und Verbündeten für mehr Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.

Aufgrund der positiven Erfahrungen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach Ende des Zweiten Weltkriegs schlägt die CDU einen Marshall-Plan für Afrika vor. Ein solcher moderner Marshall-Plan des 21. Jahrhunderts soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entsteht.

Antwort 2: Unser Ziel bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Es ist allerdings nicht unser Ziel, die hieraus erwirtschafteten Mittel exklusiv für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen.

FDP

Antwort 1: Wir Freie Demokraten fordern eine wertorientierte Entwicklungspolitik, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt, und einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft hat. Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen. Eine zügige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert einen kohärenten Ansatz, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu setzen wir Freie Demokraten auf neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft. Es gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor allen Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika. Die wichtigste Grundlage für die Armutsbekämpfung sind Bildung, Ausbildung und Qualifikation genauso wie die Chance auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen. Die Möglichkeiten, die sich durch Innovationen, Digitalisierung und neue Technologien bieten, müssen wir für Entwicklungsländer stärker in den Fokus nehmen und fördern.

Antwort 2: Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen und halten an dem Ziel fest, eine Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Jedoch ist nicht allein die Höhe der Gelder wichtig, sondern vor allem deren humanitäre bzw. entwicklungsfördernde Wirkung. Dabei sind vor allem die strukturellen Ursachen für Entwicklungsprobleme zu beseitigen. Demokratie und gute Regierungsführung müssen vorrangiges Ziel einer neu orientierten Entwicklungspolitik sein. Diese Ziele sind aber nicht „von außen“ umsetzbar, sondern nur in Kooperation und Mitverantwortung der jeweiligen Regierung im Partnerland. Wenn diese Voraussetzungen stimmen, kann auch ein Erlass von Schulden erwogen werden. Eine Finanztransaktionssteuer steht für uns nicht im Zusammenhang mit einer guten Entwicklungspolitik und muss daher unabhängig von ihr betrachtet werden.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der neuen Landesregierung, dass sie sich auf Bundesebene für das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels bis zum Jahr 2020 einsetzt. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Versorgung von geflüchteten Menschen in Deutschland sind dabei nicht auf die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) anzurechnen. Drei Prozent der ODA sollten gemäß der Empfehlung der OECD für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit ausgegeben werden. Auf europäischer Ebene sollte sich die neue Landesregierung für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen, deren Einnahmen zur Bekämpfung von Armut dienen.